

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzende Ursula Aljets
Ausschussmitglied Sabine Gastmann
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Stephan Hellwig
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Hans-Joachim Jasny

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied "Die Linke"

beratende Stimme Johann Janssen

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen

Ausschussmitglied Gerold Tholen

Sozialverband Deutschlands e. V.

beratendes Mitglied Hans-Peter de Vries

Mitglied des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Manfred Kaluza

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

von der Verwaltung

Abteilungsleitung 50 Peter Albers

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Joachim Stasch

Gäste

Herr Budelmann (DAK)

Herr Schaps

2 Zuhörer

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.11.2009
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Vorstellung des DAK-Gesundheitsreportes 2009 durch Herrn Rolf Budelmann (Innendienstleiter der DAK)
- 5 Vorlagen an den Rat
- 5.1 Haushaltsplannachtrag 2010 - Fachbereich Soziales

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Aljets eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
Die Tagesordnung wurde festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.11.2009

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.11.2009 wird genehmigt.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Vorstellung des DAK-Gesundheitsreportes 2009 durch Herrn Rolf Budelmann (Innendienstleiter der DAK)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach Abstimmung bei 3 Gegenstimmen von 5.1 auf 4.1 vorgezogen.

Herr Budelmann (DAK) stellte den DAK-Gesundheitsreport 2009 vor. Er betonte, dass die DAK die einzige Kasse sei, die die Zahlen so detailliert darstellen könne. Den Rückgang bei einigen Krankheiten führe man unter anderem auf Präventionsmaßnahmen zurück.

Herr Schaps (Internist und Vorstandsmitglied der Kassenärztlichen Vereinigung / Kreisstelle sowie der Ärzteschaft Wilhelmshaven) beantwortete einige Fragen von Ausschussmitgliedern.

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Haushaltsplannachtrag 2010 - Fachbereich Soziales

Herr Stoffers informierte über die Daten (s. Anlage) des 3. Nachtrages und nannte wesentliche Rahmenbedingungen.

Das Sozialamt stelle mit 68 Mio. € Aufwendungen den größten Anteil an den städtischen Gesamtausgaben von 188 Mio €. Die höchsten Ausgaben verursachten dabei die Kosten der Unterkunft und Heizung.

Die 68 Mio. € setzten sich im Wesentlichen aus 63,4 € Transferaufwendungen sowie 2,7 Mio. € Personalkosten zusammen. An diesem Verhältnis könne man erkennen, dass das Sozialamt mit niedrigen Personalressourcen arbeite, was auch in einer Organisationsuntersuchung bestätigt worden sei.

Die zurzeit angedachte Umstrukturierung in der Eingliederungshilfe mit dem Ziel einer intensiveren Fallbearbeitung könne daher nur mit zusätzlichem Personal umgesetzt werden.

Die Gesamterträge des Sozialamtes betragen 37,7 Mio. €, was eine finanzielle Unterdeckung von gut 30 Mio. € bedeute. In den Erträgen seien hauptsächlich Erstattungen von Bund und Land enthalten.

Insgesamt seien die kommunalen Finanzen schwierig und von massiven Rückgängen bedroht. Es seien Probleme auf der Einnahmeseite zu nennen, die auf konjunkturellen und politischen Faktoren beruhen. Weiterhin sei ein Rückgang der Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich um ca. 20 % und des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer um ca. 10 % festzustellen.

Hinzu kämen erhebliche steuerrechtliche Beschlüsse, die in den Jahren 2009 bis 2013 geschätzt zu bundesweiten Einnahmeausfällen von 2,7 bis 4,8 Mrd. € führen:

- Konjunkturpakete I und II mit erheblichen Steuerentlastungen für die Bürger

- Bürgerentlastungsgesetz (bessere steuerliche Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen)
- Wachstumsbeschleunigungsgesetz (erwartete 1,6 Mrd. € Verlust bundesweit)

Seit 2005 erfolgte in Niedersachsen ein Rückgang der Verbundquote des Landes (Anteil der Kommunen am Gesamtaufkommen der Einnahmen des Landes) von über 16 auf derzeit 15,5 %, was ca. 100 Mio. € jährliche Mindereinnahmen bei den Kommunen nach sich ziehe.

Die Kommunen können diese zusätzlichen Beträge durch eigene Einnahmen nicht ausgleichen.

Frühestens ab dem Jahr 2013 sei mit einer wesentlichen Verbesserung der Situation zu rechnen.

Die sozialen Ausgaben stellten bundesweit den größten Ausgabenblock dar. Dieser Bereich sei chronisch unterfinanziert, und die Kosten wachsen überproportional. Durch die demografische Entwicklung werde sich der Trend fortsetzen.

Der Gesetzgeber habe verschiedene Systemsteuerungsmaßnahmen wie z.B. die Pflegeversicherung eingeführt. Auch mit dem SGB II sei u.a. eine Entlastung der Kommunen angedacht (geplant: 2,5 Mrd. €) gewesen, werde nun aber eher zu einer Belastung.

Zum Vergleich nannte Herr Stoffers folgende Zahlen: 1970 machte der soziale Bereich insgesamt 4 % der kommunalen Ausgaben aus, heute sind es 22 % bundesweit, über 30 % in Wilhelmshaven. Die bundesweiten Trends seien in Wilhelmshaven noch verstärkt festzustellen.

Die Zahlen für Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen haben sich von 2003 bis heute (5,3 Mrd. €) bundesweit verdoppelt, die für Sozialhilfe in Einrichtungen verdoppelten sich seit 1994.

Herr Stoffers stellte die Zahlen für Wilhelmshaven weiter vor. Nach dem Haushaltskonsolidierungskonzept verbleibe ein Defizit von insgesamt rund 47 Mio. €.

Es sei zu beobachten, dass die Kosten der Unterkunft trotz sinkender Zahl an Bedarfsgemeinschaften ansteigen.

Der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft verringere sich dagegen, denn der orientiere sich ausschließlich an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Der Rat der Stadt habe bereits eine Resolution zu diesem Thema formuliert, in der ein anderer Berechnungsmaßstab für die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft gefordert wurde.

Auf Nachfrage von einigen Mitgliedern des Ausschusses wird ergänzend zu Protokoll gegeben, dass der Anteil von Frauen an Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ca. 60 % beträgt.

Herr Stoffers bezog sich sodann auf zwei Zuschussanträge in Form von Tischvorlagen:

1. Antrag des Vereins zur Förderung von Gesundheit und Selbsthilfe e.V. auf einen Zuschuss in Höhe von 8.000,- bis 10.000,- €
2. Antrag der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven / Friesland auf einen Zuschuss in Höhe von 5.000,- €

Grundsätzlich müsse die Übernahme zusätzlicher freiwilliger Ausgaben im Hinblick auf die schwierige Haushaltssituation abgelehnt werden, ohne dass damit gleichzeitig eine Bewertung der inhaltlichen Arbeit der Antragssteller verbunden sei. Bei einer Besprechung mit der Kommunalaufsicht sei sehr deutlich geworden, dass freiwillige Aufgaben zurückzufahren und somit auch keine neuen freiwilligen Aufgaben übernommen werden dürften.

Abstimmung:

Dem Vorschlag der Verwaltung auf Ablehnung der beiden Anträge wird

- a) beim Antrag des Vereins zur Förderung von Gesundheit und Selbsthilfe e. V. mit einer Gegenstimme und
- b) beim Antrag der Arbeitsloseninitiative bei 2 Enthaltungen

zugestimmt.

Beschluss:

Dem Haushaltsplannachtrag 2010 des Fachbereichs Soziales wird mit einer Gegenstimme zugestimmt.

Frau Biester fragte an, ob sich die 20,- € Kindergeldrückforderung auf den städtischen Haushalt auswirke.

Herr Stoffers antwortete, dass dies ausschließlich Sache des Jobcenters sei.

Herr Janssen bat darum, dass die Stadt sich beim Job-Center dafür einsetze, dass die Betroffenen den Betrag auf Wunsch in Raten zurückzahlen könnten.

Herr Stoffers sagte zu, dies bei einer Besprechung in der folgenden Woche im Jobcenter anzusprechen.

Herr Stoffers ergänzte, dass das Gesetz bezüglich der getrennten Aufgabenträgerschaft zwischen Jobcenter und Kommune noch nicht erlassen worden sei. Demnach solle das Job-Center jeweils für die Regelleistung und Integrationsmaßnahmen, die Kommune für die Kosten der Unterkunft und Heizung und die flankierenden Maßnahmen zuständig sein.

Der Rat der Stadt verfolge mit einer Resolution das Ziel einer so engen Zusammenarbeit, dass für die Kunden keine Nachteile entstehen. Die getrennte Trägerschaft werde aber absehbar zu Mehrkosten führen.

Herr Stoffers wies darauf hin, dass die Personalüberleitungsverträge der städtischen Bediensteten Ende 2010 auslaufen und neu erarbeitet werden müssten.

Ende der Sitzung 16:50 Uhr

Unterschrift
Dezernent

Unterschrift
Vorsitzende/r

Unterschrift
Protokollführer/in

Dateiname: 9595.16316.doc
Verzeichnis: C:\Documents and Settings\Default User\My Documents
Vorlage: Normal.dotm
Titel: Sitzung 1/2010
Thema: Sitzungsdatum 28.01.2010
Autor: SDW
Stichwörter: Sitzungsort , ,
Kommentar: erstellt am 09.02.2010
Erstelldatum: 11.02.2010 12:13:00
Änderung Nummer: 1
Letztes Speicherdatum: 11.02.2010 12:13:00
Zuletzt gespeichert von: SDW
Letztes Druckdatum: 11.02.2010 12:13:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 6
Anzahl Wörter: 1.503 (ca.)
Anzahl Zeichen: 9.476 (ca.)